

# Flüchtlinge: Unterbringung macht Sorge

Kommunalpolitiker mahnen, dass Standorte mit über 40 Personen nicht tragbar seien.

Von Anja Carolina Siebel

Bürgermeister Rainer Bleek kann nur vermuten, was im Laufe dieses Jahres noch auf die Stadt zukommt. Erwartet werden noch etwa 260 geflüchtete Menschen, die dauerhaft Asyl suchen. Und untergebracht werden müssen. „Wir sind froh, dass die Räume an der Thomas-Mann-Straße jetzt

weitgehend fertig sind“, berichtet Bleek. In Kürze beginne die Errichtung des geplanten Anbaus. Insgesamt 24 dauerhaft in Wermelskirchen lebende Asylsuchende sollen dort untergebracht werden.

Am Giebel des schon bestehenden Hauses entstehen auf zwei Etagen 100 Quadratmeter Wohnfläche. Zudem wird es einen Gruppenraum, eine Küche

und ein Gäste-WC geben. Für die Stadt geht es dann nahtlos weiter mit dem Ankauf weiterer Grundstücke. Bleek: „Das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange.“

## Bürgermeister will im Haupt- und Finanzausschuss informieren

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19. September will Bleek Details zu den geplanten Standorten bekanntgeben. Schon jetzt hatte es aber aus den Reihen der Kommunalpolitiker Kritik am Konzept der Verwaltung zur Flüchtlingsunterbringung gegeben. „Wir wehren uns gegen Massenunterkünfte mit bis zu 80 Personen“, unterstreicht beispielsweise Christian Klicki, Fraktionsvorsitzender der CDU. „Wir werden uns auf jeden Fall dagegen wehren, dass mehr als 30 Menschen irgendwo untergebracht werden. Da machen auch die Bürger nicht mehr mit.“

Alle Fraktionen beschäftigt wohl gleichermaßen die künftige Finanzierung bezahlbaren Wohnraums. „Ich weiß nicht, wie wir das ohne Steuererhöhungen hinbekommen sollen“, sagt Jürgen Manderla (FDP). „Und dagegen sind wir ganz entschieden.“ Auch er spricht

W&A  
2.9.  
sich für eine dezentrale Unterbringung der geflüchteten Menschen aus, also an mehreren, auf das Stadtgebiet verteilten Standorten.

Dazu hatte die WNK/UWG-Fraktion wie berichtet eine etwas unkonventionelle Forderung an die Verwaltung gestellt: Es solle in den 25 Wermelskirchener Stimmbezirken eine Unterbringungsmöglichkeit für bis zu 40 Menschen geben – egal, ob man dort Baurecht bekomme oder nicht. „Da muss dann jemand kommen und die Flüchtlinge auf die Straße setzen, wenn sie erst einmal eingezogen sind. Das macht ja keiner“, sagt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse.

Für Bürgermeister Rainer Bleek ist der Vorschlag keine Option: „Das ließe sich mit meinem Amtseid gar nicht vereinbaren.“ Allerdings wolle die Stadt versuchen, zu einer für alle Beteiligten tragbaren Einigung zu finden. Alleingelassen fühlt sich Bleek vom Bund vor allem, was die Finanzierung betrifft. „Wir haben zwar die Zusicherung, dass die zuerst festgelegte Pauschale von 10 000 Euro pro Flüchtling aufgestockt werden soll, in welcher Höhe, wissen wir aber nicht.“



Der Ausbau des ehemaligen Ausländerzentrums an der Thomas-Mann-Straße ist fast fertig.

Foto: Roland Keusch



# Loches-Platz - Schnäppchen oder Filetstück?

BM  
03.09

Einst wollte die Stadtverwaltung 6,1 Millionen Euro für die Fläche haben - der Preis ist nun auf 3,2 Millionen Euro fast halbiert worden.

VON UDO TEIFEL

**WERMELSKIRCHEN** Zu welchem Preis bekommen die Investoren eigentlich den Loches-Platz verkauft? Und was müssen sie dafür leisten? Eine Frage, die häufig gestellt, aber zu der niemand Stellung bezieht. Denn das komplette Verfahren ist nichtöffentlich - inzwischen sind aber Zahlen durchgesickert. Die Stadtverwaltung hatte den Kaufpreis einst auf 6,1 Millionen Euro festgesetzt - inzwischen wurde er fast halbiert.

Bei 6,1 Millionen Euro, so geht aus einem der BM vorliegenden Papier hervor, sollte einem Investor die größtmögliche Ausnutzung des Areals ermöglicht werden. Und der sollte dann auch eine Parkpalette bauen. Nun aber geht es nur noch um den Verkehrswert - denn die städtebaulichen Verträge engen die Investoren ein. Die Stadt ermöglicht nicht mehr die größtmögliche Ausnutzung der Fläche, sondern gibt detailliert vor, was gebaut werden darf und vor allem wie. Von einer Parkpalette ist nicht mehr die Rede. Nun liegt der Kaufpreis bei mindestens 3,2 Millionen Euro.

Politiker werden bei Nachfrage zu diesen beiden Zahlen sehr vorsichtig, ja sogar zurückhaltend. „Kaufpreiszahlen werde ich nicht kommentieren“, sagte zum Beispiel gestern Jochen Bilstein (SPD). Überhaupt werde man sich erst nächste Woche mit den Ergebnissen der Bewerbergespräche als Vorbereitung für die Fachausschuss-Sitzung beschäftigen. „Unser Hauptziel ist, den Loches-Platz zügig zu entwickeln.“ Das heiße nicht, dass man nicht einen angemessenen Preis erzielen wolle. „Aber es gibt Wichtigeres als den höchsten Preis - wir wollen ein gutes Ergebnis für den Platz erreichen.“

Kritik äußerte Henning Rehse (WNKUWG) am Zeitplan: „Wir sind schon neun Monate in Verzug.“ Wäre die Mehrheit den Vorstellungen

gen von WNKUWG und FDP gefolgt, wäre das Grundstück heute zu einem annähernd von der Stadt gewünschten Kaufpreis bereits veräußert - mit dem Bau hätte jetzt schon begonnen werden können. „Wir werden einer Reduzierung des Kaufpreises zu Lasten der Stadt in Millionenhöhe nicht zustimmen“, sagte er. Er kündigte auch Widerstand an, würde der Ersatz der auf dem Loches-Platz wegfallenden Dauerparkplätze „klein geredet“.

Sechs Millionen sei eine Zahl wie aus einem Wolkenkuckucksei, entgegnete Oliver Platt (Büfo). Auch er werde keine Zahlen nennen, sagte er, doch die noch am Verfahren beteiligten Investoren könnten nicht bauen wie sie wollten - „bei der genannten Summe wird wohl kein Investor einsteigen, denn unsere Vorgaben sind einfach zu hoch“. Man

**„Unser Hauptziel ist, den Loches-Platz zügig zu entwickeln“**

Jochen Bilstein  
SPD

müsse einen realistischen Preis verhandeln „für ein Objekt, das nicht das Stadtbild kaputt macht“. Wer 10.000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche bauen darf, könnte diesen Preis bezahlen. Der Vollsortimenter bekommt aber nur 2500, dazu noch 800 Quadratmeter Shops. Sein Gedanke ist, nicht die ganze Fläche zu verkaufen: „Warum behält die Stadt nicht Fläche für die Kirmes?“

Auch in der CDU ist noch nicht über das aktuelle Loches-Platz-Verfahren gesprochen worden. Christian Klicki: „Es gibt Vorschläge der Verwaltung. Aber die Politik ist Herr des Verfahrens.“ Er sei zuversichtlich, dass der Platz schnellstmöglich entwickelt werde. (Der Beschluss soll in der Dezembersitzung 2017 fallen, d.Red.) Das Verfahren habe sich so lange hingezogen, weil mit jedem der fünf Investoren alle Details des städtebaulichen Vertrages ausgehandelt werden mussten - „damit wir Politiker wissen, worauf wir uns einlassen“. Unter Verkehrswert würde der Platz nicht verkauft. „Er wird nicht verschleudert.“

## Loches-Platz: WNK-UWG üben Kritik

WGA  
5.9.

Die WNK-UWG-Fraktion fordert Ratsmehrheit und Verwaltung auf, in Sachen Loches-Platz noch auf ihren Zug aufzuspringen und die Vorstellungen an die eines heimischen Investors anzunähern - hinsichtlich des Preises, der Auflagen sowie des wirtschaftlichen Interesses des Investors.

Aktuell sei das Vorhaben bereits neun Monate in Verzug und es drohten Mindereinnahmen in Millionenhöhe gegenüber den „völlig unrealistischen Wunschträumen“. WNK-UWG hätten Detail-Beschlüsse bislang mitgetragen, obwohl sie in Grundsatzfragen - Standort Rhombus, Direktvergabe an einen Wermelskirchener - überstimmt wurde. „Neueste Informationen“ aus dem Rathaus würden nun die Befürchtungen bestätigen, dass „es mit dem Projekt weder optimal noch schnell vorangeht“.

Nun könnten auch Rathaus und die anderen Fraktionen noch gegensteuern; dabei mitzuwirken, sei die Fraktion „jederzeit gerne bereit“, schrieb Vorsitzender Henning Rehse am Samstag. s.n.



# Zenshäuschen: Radweg ärgert Anwohner

Die Nachbarn lehnen eine Verlängerung der Trasse über ihre Straße ab. Sie weisen auf Gefahren hin.

Von Anja Carolina Siebel

Wenn Josip Ostrogonac aus seinem Küchenfenster schaut, bekommt er schlechte Laune. Und das nicht etwa, weil der Ausblick so mies wäre, sondern weil er an die Zukunft denkt. „Bei 80 000 Radfahrern pro Jahr wird mir schon Angst und Bange.“

Wie berichtet scheint die geplante Verlängerung der Balkantrasse über die Straße Zenshäuschen bis zur Thomas-Mann-Straße laut Ratsmehrheit sicher. Ende des Monats soll es noch einmal einen Runden Tisch mit allen Beteiligten geben. So lange gebe es auch keine neuen Informationen aus dem Rathaus zu dem Thema, teilt die Stadtverwaltung mit.

WGA 6.9.

„Da fährt man aus der Garage und überrollt einen Radfahrer.“

Luise Steinhaus, Anwohnerin



Josip Ostrogonac, Achim und Luise Steinhaus (v.l.) und Nachbarn in Zenshäuschen lehnen die Weiterführung der Balkantrasse durch ihr Wohngebiet ab. Sie haben vor allem Bedenken wegen möglicher Unfälle.

WGA 6.9.

Foto: Roland Keusch



Zum Leidwesen der Anwohner, die den neuen Rad-Gehweg ablehnen. Bislang endet die Balkantrasse in Höhe der Fußgängerbrücke Am Wasserturm. Der offizielle Radweg geht dann über Berliner Straße, Pfarrstraße und Thomas-Mann-Straße weiter. Bürgermeister Rainer Bleek würde den Schlenker über die Berliner Straße lieber vermeiden. Bereits vor einigen Wochen hatte Bleek betont, den Radweg lieber über den jetzt schon angelegten Trampelpfad weiterführen zu wollen.

„Unsere Privatsphäre ist das Eine“, sagt Josip Ostrogonac. Er empfinde es als unangenehm, „wenn Pulks von Radfahrern und Spaziergängern in unsere Töpfe schauen.“ Sorge bereitet den Anwohnern aber

auch der Sicherheitsaspekt: „Wie sollen beispielsweise Liefer- und Postfahrzeuge hier noch wenden?“, unterstreicht Anwohner Achim Steinhaus mit Blick auf die beengte Fahrbahn. „Bisher haben wir unsere Grundstücke deshalb nicht umzäunt. Wenn hier die öffentliche Trasse lang führt, müssen wir das natürlich. Und dann fehlt der Platz.“

Luise Steinhaus weist auf die Unfallgefahr hin: „Da fährt man aus der Garage, hat kaum Sicht und überrollt womöglich einen Radfahrer.“

Schon jetzt sei auch die Ausfahrt aus der Thomas-Mann-Straße eng und unübersichtlich.

Die Ratsfraktionen haben sich mehrheitlich für die Verlängerung der Trasse über

Zenshäuschen ausgesprochen. „Man muss natürlich unterscheiden zwischen dem geplanten Freizeitpark, der noch völlig unsicher ist, und der Verlängerung der Trasse“, sagt etwa Henning Rehse (WNK/UWG). „Die Trassenverlängerung über Zenshäuschen ist für mich alternativlos. Eine Weiterführung über das Lidl-Grundstück sehe ich nicht. Wer soll das denn bezahlen?“

Sowohl Jochen Bilstein (SPD) als auch Christian Klicki (CDU) betonen gleichwohl, dass sie die Bedenken der Anwohner ernst nehmen. „Wir müssen den Runden Tisch abwarten und dann mal schauen, ob man das Lidl-Grundstück mit einbeziehen kann“, sagt Jochen Bilstein. Christian Klicki würde sich indes einen rege-

ren Austausch wünschen: „Auch die Verwaltung sollte die Anwohner bei Entscheidungen mitnehmen. Manchmal hilft es schon, Dinge zu erklären.“

Oliver Platt (BüFo) möchte erst einmal abwarten, bevor er Stellung zur Sache nimmt: „Es wäre falsch, jetzt schon Position zu beziehen, bevor Details etwa über die mögliche Nutzung des Lidl-Grundstücks klar sind.“

Die Anwohner berichten, dass der Bürgermeister zwar bei ihnen vorbeigeschaut, aber auch erklärt habe, dass „das alles kein Problem“ sei. „Für uns ist es ein Problem“, sagt Josip Ostrogonac. „Und wir fragen uns vor allem, warum wir zum Runden Tisch nicht eingeladen sind.“

» Standpunkt

## FREIZEITPARK

**PLÄNE** Neben der Trassenverlängerung ist der Freizeitpark im Gespräch. Die bisherigen Pläne von Rollrausch, CVJM, ADFC sehen ein Mehrzweckfeld, eine Skateranlage, einen Ruhebereich, einen Trinkwasserspender, ein Bahn-Gleis-Bistro vor. Letzteres sei sinnvoll aber nicht zwingend notwendig, sagt ADFC-Vorsitzender Frank Schopphoff. Wichtig sei ein Unterstand für Radfahrer.

**SCHWANEN** Das zweite Einfalltor für Radler sei am Schwanen. Dort sollten die gleichen Hinweisschilder zu touristischen Einrichtungen der Stadt aufgestellt werden wie an dem geplanten Freizeitpark.



## Beirat: WNK/ UWG hält an Urwahl fest

WKA 14.09.

Gleichwohl der Beirat für Menschen mit Behinderung sich erneut dagegen ausgesprochen hat: Die WNK/UWG-Fraktion will an ihrer Forderung für eine Urwahl des Beirates festhalten.

„Alles andere ist völliger Quatsch“, sagt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. In der Sitzung des Sozialausschusses am 22. September sollen dessen Mitglieder nach Wunsch der WNK/UWG eine entsprechende Empfehlung an den Stadtrat aussprechen. Der Rat soll dann eine neue Satzung beschließen. „Die Reform ist sinnvoll, um möglichst vielen Menschen mit Behinderung die Möglichkeit zur Teilhabe mittels aktivem und passivem Wahlrecht zu geben.“

Bisher seien genau die elf Vertreter im Beirat, die auch zu wählen waren. „Die Vertreter von Verbänden, Vereinen und Initiativen trafen sich und wählten sich gegenseitig in den Beirat“, sagt Rehse. „Das ist aber keine Wahl im klassischen Sinne.“ Seiner Ansicht nach sollen künftig alle Einwohner freiwillig wählen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben und entweder selbst behindert sind oder einen behinderten Angehörigen betreuen. acs

## WNK UWG hofft auf Qualitätsentscheidung

Die Fraktion der WNK UWG spricht sich für eine baldige Ausschreibung der beiden Beigeordneten-Stellen aus. Hintergrund ist das Ende der Amtszeit beider Posten im Sommer 2017. Der Stadtrat muss noch in diesem Jahr entscheiden, wie er mit dem Thema verfahrenstechnisch umgehen will. „Es geht uns darum, dass die Stadt abseits von Postengeschacher, Pflege von Erbhöfen und parteitaktischen Überlegungen alle Optionen ausschöpft, diese Stellen mit den sachlich und fachlich besten Kandidaten zu besetzen“, fordert Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. WKA 13.09.

## Kommt es 2017 <sup>BM</sup> zum Umbruch an <sup>14.09.</sup> der Rathaus spitze?

**WERMELSKIRCHEN** (tei.-) Wird es im nächsten Sommer einen personellen Umbruch an der Verwaltungsspitze des Rathauses geben? Im zweiten Jahr seiner politischen Tätigkeit als Bürgermeister könnte Rainer Bleek vielleicht zwei neue Kollegen bekommen. Denn die Zeit der beiden Wahlbeamten Jürgen Graef und Dr. André Benedikt Prusa läuft ab.

Beigeordneter Jürgen Graef geht nach drei Wahlperioden und damit 24 Jahren Tätigkeit in Wermelskirchen in den Ruhestand. Seine Zeit endet am 30. Juni 2017. Zwei Monate später, am 31. August 2017, läuft die Zeit des Technischen Beigeordneten ab. Er war dann acht Jahre in Wermelskirchen tätig. Ob Prusa, dessen Familie im östlichen Mecklenburg-Vorpommern lebt, verlängert, ist ungewiss. Wäre sich eine Ratsmehrheit einig, könnte er für weitere acht Jahre gewählt werden.

Politisch gibt es in diesem frühen Stadium noch keine eindeutigen Hinweise. Nur die WNKUWG hat sich positioniert. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse: „Wir sprechen uns für eine Ausschreibung beider Stellen aus, damit abseits von Postengeschacher, Pflege von Erbhöfen und parteitaktischen Überlegungen die Stadt Wermelskirchen alle Optionen ausschöpft, diese Stellen mit den sachlich und fachlich besten Kandidatinnen und Kandidaten zu besetzen.“

## Rehse möchte öffentliche <sup>WKA</sup> Diskussion <sup>16.09.</sup>

Henning Rehse (WNK/UWG) betont, dass er keineswegs die Diskussion um die Zukunft des Landhauses Spatzenhof und den auf dem Nachbargrundstück geplanten Hotel-Neubau „im stillen Kämmerlein“ führen wolle. Im Gegenteil sei er für offene Gespräche. „Ich bin lediglich der Meinung, dass eine öffentliche Beschimpfung der beteiligten Behörden, wie Stadtverwaltung, Landschaftsverband oder Bezirksregierung, nicht Ziel führend und für das Projekt schädlich ist“, sagt der Fraktionsvorsitzende der WNK/UWG. Er hatte deshalb angeregt, eine entsprechende Projektgruppe zu bilden.

Wie berichtet, hatten die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr das Thema „Hotelanlage am Spatzenhof“ für die jüngste Sitzung auf der Tagesordnung. Anlass war ein Antrag des Bürgerforums (BüFo). Auf Anregung des Ausschuss-Vorsitzenden Bernhard Schulte (SPD) war die weitere Diskussion zum Thema mit Einverständnis der Mitglieder in den Arbeitskreis Stadtentwicklung verschoben worden. acs

## WNK/ UWG will Park zur Sportstätte machen

Die WNK/UWG-Fraktion fordert die Verwaltung auf, aus den Hüpp-Anlagen an der Dhünner Straße eine Art Fitnesspark zu machen. Das Angebot solle sich vor allem an Senioren und Menschen mit Behinderung richten, schreibt der sozialpolitische Sprecher der WNK/UWG, Stefan Kind in der Vorlage für den Sozialausschuss. Mit der Umgestaltung des Parks, der zurzeit verwildert sei und nicht zum Verweilen einlade, würde man nicht nur im Interesse der Zielgruppe der Älteren handeln. Auch viele Mütter mit Kindern würden täglich in den Hüpp-Anlagen spazierengehen: „So könnte der Park das Miteinander der Generationen fördern.“ WKA 13.09.



# Arbeitskreis diskutiert über mehr <sup>04.11.09</sup> Bürgerbeteiligung in Wermelskirchen

VON SEBASTIAN RADERMACHER

**WERMELSKIRCHEN** Neben gesetzlichen Regelungen zur Bürgerbeteiligung oder Volks- und Bürgerentscheiden gibt es auch die Möglichkeit von freiwilligen Beteiligungsprozessen. Diesen Punkt griff die WNKUWG für einen Antrag im Haupt- und Finanzausschuss auf. Sie setzt sich für die Entwicklung von Leitlinien und Regelungen für die freiwillige Bürgerbeteiligung in Wermelskirchen ein. Dazu sollte die Verwaltung ein Konzept erarbeiten. Das Ziel dieser Leitlinien: Es soll dadurch ein Rahmen geschaffen werden für den anhaltenden transparenten Dialog zwischen Stadtverwaltung, Politik und Bürgerschaft.

Die Fraktionen waren sich einig, dass eine Beteiligung der Bürger bei Projekten sinnvoll und auch gewünscht ist. Die Mehrheit lehnte es aber ab, diese Beteiligungsformen in einem Konzept mit Leitlinien festzuzurren. „Man sollte die Bürgerbeteiligung nicht institutionali-

sieren, sondern in Einzelfällen darüber entscheiden“, meinte Jochen Bilstein (SPD). Christian Klicki stimmte ihm zu. „Bürgerbeteiligung ist lobenswert. Es gibt wichtige Projekte, bei denen wir diese Beteiligung brauchen“, sagte er. Aber auch die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass darüber im Einzelfall entschie-

## „Es sollte Regeln geben, ab wann und bei welchen Projekten Bürgerbeteiligung erfolgt“

Henning Rehse  
WNKUWG

den werden sollte. Bürgermeister Rainer Bleek merkte zudem an, dass die Stadtverwaltung zusätzliches Personal einstellen müsste, um ein solches Konzept mit Leitlinien zu erstellen. „Uns fehlt zurzeit das Personal, um diesen Vorschlag umzusetzen“, sagte Bleek.

Henning Rehse (WNKUWG) sagte, dass seine Fraktion mit dem An-

trag kein zusätzliches Personal im Rathaus binden wolle. „Es geht uns darum, dass es Regeln geben sollte, ab wann, bei welchen Projekten und in welcher Form Bürgerbeteiligung erfolgt. Es soll nicht beliebig sein“, sagte er. Manfred Schmitz-Mohr (Bürgerforum) regte an, in Zukunft bei verschiedenen Themen und Projekten wieder mehr auf das Angebot eines „Runden Tisches“ zu setzen. Dem stimmte Bernhard Schulte (SPD) zu, „es ist in vielen Fällen sinnvoll, die an einem Projekt Beteiligten an einen Tisch zu bringen. Das ist ja zum Beispiel aktuell bei der Diskussion über den Standort eines Freizeitparks der Fall.“ Man sollte die Bürgerbeteiligung jedoch nicht „in Paragraphen stanzen“.

Die Politiker einigten sich im Fachausschuss darauf, die Vorlage der WNKUWG im nichtöffentlich tagenden Arbeitskreis Zukunft zu diskutieren und letztlich einen gemeinsamen Weg zu finden, wie sie mit dem Thema Bürgerbeteiligung in Zukunft umgehen werden.



# Mobiles Bürgerbüro spaltet die Politik

DM  
21.09

CDU und Grüne sind für temporäre Anlaufstellen in Dabringhausen und Dhünn, andere Fraktionen sehen keinen Bedarf. Die Stadt prüft nun, ob ein Taxi-Bringdienst zum Bürgerbüro im Rathaus Sinn macht.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

**WERMELSKIRCHEN** Wie viele Menschen in Dhünn und Dabringhausen gibt es, die den Weg ins Bürgerbüro im Rathaus nicht schaffen und daher ein mobiles Bürgerbüro in ihrer Ortschaft in Anspruch nehmen würden? Diese Frage spaltet zurzeit die Politik. CDU und Grüne sind der Meinung, dass der Bedarf vorhanden ist. Sie setzen sich dafür ein, temporäre Anlaufstellen in Dhünn und Dabringhausen zu schaffen. Die Stadtverwaltung sieht die Einführung eines solchen Angebots skeptisch. Für einen zweistündigen Service pro Woche pro Standort müssten mehr als 30.000 Euro, vor allem in die Technik, investiert werden. Die laufenden Kosten lägen bei 22.000 Euro pro Jahr. Und darin sind die Kosten für zusätzliches Personal, das notwendig wäre, nicht eingerechnet.

Im Haupt und Finanzausschuss machte sich Christian Klicki (CDU) am Montagabend nochmals für den Antrag stark. „Wir möchten eine Anlaufstelle für Menschen anbieten, die es nicht in die Stadt schaffen“, sagte er. In Dabringhausen könnte dies in der dortigen Sparkasse möglich sein. „Und wir stehen in Kontakt zu einem Eigentümer in Dhünn, der bereit wäre, einen Raum zu vermieten.“

Die CDU sei der Meinung, dass dieses Angebot günstiger umzusetzen wäre als von der Verwaltung angegeben. „Es würde zum Beispiel ein EDV-Koffer als Ausstattung reichen. Und es müssten auch nicht zwei Mitarbeiter im Einsatz sein – das gab’s dort früher auch nicht“, meinte Klicki. Und wenn die Technik ausfalle oder ein Mitarbeiter krank sei, könne die Beratung in einem mobilen Bürgerbüro halt nicht stattfinden. Er bat darum, die Anregungen zu berücksichtigen. Die CDU hofft auf eine politische Mehr-

heit für die Einführung eines mobilen Bürgerbüros.

Beigeordneter Jürgen Graef verteidigte den Standpunkt der Stadtverwaltung. „Das Grundprinzip eines solchen Angebots ist die Verlässlichkeit. Wenn ein Mitarbeiter krank ist, muss eine Vertretung einspringen. Und das muss man in den Planungen alles berücksichtigen“, betonte er. „Wenn dieses Angebot nicht verlässlich ist, sorgt das nur für Frust und Ärger bei den Bürgern.“ Die Verwaltung wolle den Antrag nicht blockieren, „wir setzen uns damit kritisch auseinander“, stellte der Beigeordnete klar.

Rückblick: Die Schließung der Bürgerbüros in Dhünn und Dabringhausen war eine Sparmaßnahme im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes. Der Grund damals, so ergab eine Analyse im Jahr 2011: Die Bürgerbüros wurden zu schlecht besucht. Darauf ging auch Manfred Schmitz-Mohr (Bürgerforum) noch mal ein: „Die Schließung hat damals auch die CDU mitbeschlossen.“ Er fragte, für welche Anliegen Menschen überhaupt das Bürgerbüro aufsuchen – „um einen neuen Personalausweis oder Reisepass zu beantragen. Und das kommt selten vor. Ich denke, dass die Bürger ihre Anliegen selbst organisieren können“, meinte Schmitz-Mohr und fügte an: „Ich kenne zudem keine einzige Beschwerde aus Dabringhausen und Dhünn.“

Henning Rehse (WNKUWG) merkte an, dass es Ortschaften in Wermelskirchen gibt, die noch weiter von der Innenstadt entfernt seien als Dabringhausen und Dhünn. „Mein Gefühl ist, dass dieses Thema den Menschen in den Außenortschaften nicht so sehr unter den Nägeln brennt.“ Rehse schlug eine andere Herangehensweise vor, um zu ermitteln, ob in den Außenortschaften der Bedarf überhaupt vorhan-

den ist: Man könnte doch über einen Zeitraum von drei Monaten testen, ob ein Taxi-Bringdienst der Stadt zum Bürgerbüro im Rathaus Sinn macht. „Im Rathaus ist die Technik vorhanden. Bürger aus allen Außenortschaften könnten mit dem Taxi abgeholt und wieder nach Hause gebracht werden.“

Bürgermeister Rainer Bleek kündigte an, diesen Vorschlag für einen Taxi-Bringdienst zu prüfen und zeitnah darüber zu informieren.

## Ihre Meinung

Wie ist der Bedarf in den Außenortschaften? Brauchen Dhünn und Dabringhausen ein mobiles Bürgerbüro? Ihre Meinung ist gefragt! Rufen Sie heute zwischen 10 und 12 Uhr an (Tel. 720114) oder schreiben Sie uns eine Mail ([wermelskirchen@bergische-morgenpost.de](mailto:wermelskirchen@bergische-morgenpost.de))!

## KOMMENTAR

### Den Bedarf erst einmal ermitteln

Mehr als 50.000 Euro für die Einrichtung eines mobilen Bürgerbüros ist in Zeiten knapper Kassen viel Geld, zumal die Frage noch ungeklärt ist, ob der Bedarf in Dhünn und Dabringhausen tatsächlich vorhanden ist. Und auch die Frage, was mit den Außenortschaften ist, die noch weiter von der Stadt entfernt sind, ist legitim. Von daher sollte zunächst einmal geklärt werden, ob ein solches Angebot in Dhünn und Dabringhausen von den Bürgern überhaupt angenommen würde. Eine Testphase mit einem Taxi-Bringdienst zum Bürgerbüro im Rathaus kann Aufschluss bringen. Und so können zudem Menschen aus allen Außenortschaften, die nicht mobil sind, den Bürgerbüro-Service nutzen.

sebastian.radermacher  
[@bergische-morgenpost.de](mailto:@bergische-morgenpost.de)



# Vorschlag: Im Taxi zum Bürgerbüro

WGA  
21.09.

Ratsmehrheit ist gegen mobile Bürgerbüros. CDU zweifelt städtische Kostenermittlung an.

Von Karsten Mittelstädt

Die Einrichtung von zwei mobilen Bürgerbüros in Dhünn und Dabringhausen, wie von CDU und Grünen gewünscht, wäre aufwendig und für den Effekt relativ teuer. Jedenfalls laut Stadtverwaltung, die die Kosten ermittelt hat. Mit einer auf den ersten Blick kuriosen Idee kam in der kontroversen Debatte im Haupt- und Finanzausschuss (HuF) um Einführung der Außenstellen Henning Rehse (WNK UWG) daher. Statt die Dienstleistungen des Bürgerbüros zu den Menschen zu bringen, könnten die nicht so mobilen Wermelskirchener zum Rathaus gebracht werden, zum Beispiel mit dem Anrufsammeltaxi. Er schlägt einen dreimonatigen Test vor, um festzustellen, ob dies letztlich nicht preiswerter wäre. Die Idee hätte zumal den Vorteil, dass das zusätzliche Angebot nicht auf Dabringhausen und Dhünn beschränkt wäre, son-



Die Stadtverwaltung prüft den Vorschlag, nicht mobile Einwohner per Taxi oder Taxibus ins Bürgerbüro im Rathaus zu bringen. Foto: Karsten Mittelstädt



dem für das gesamte Stadtgebiet gilt. Die Verwaltung will die Idee aufgreifen und in ihre Kostenermittlung zu den mobilen Bürgerbüros einarbeiten.

Ob mobile Bürgerbüros in den beiden Ortschaften sinnvoll sind oder nicht, ist nach wie vor umstritten. CDU und Grünen, die einen entsprechenden Antrag schon im Januar dieses Jahres gestellt hatten, sehen darin ein Minimalangebot für nicht so mobile Menschen in Dhünn und Dabringhausen, aber auch Berufstätige. Christian Klicki, Fraktionsvorsitzender der CDU, zweifelt die von der Verwaltung ermittelten Kosten an. CDU und Grüne wollten eine kleine, flexible Lösung mit einem EDV-Koffer und einem Mitarbeiter, der nur etwa 14 Stunden im Monat für die

stunden- und wechselweise geöffneten Bürgerbüros in den Sparkassenfilialen erreichbar sei. Klicki hat da vor allem die „80-jährige Oma mit Rollator“ im Blick, die eben nicht auf das Internet zurückgreifen können.

#### **Sicherheit müsse wegen sensibler Daten gewährleistet sein**

Diese kleine Lösung sei undenkbar, versicherte Beigeordneter Jürgen Graef. „Unser Grundprinzip ist Verlässlichkeit“, sagte er im HuF. Bei nur einem Mitarbeiter und einem EDV-Koffer bestehe die Gefahr, dass die Bürgerbürostunden in Dhünn und Dabringhausen bei Krankheit oder Hardware-Problemen ausfallen müssten. Graef: „Dann steht die 80-jährige Oma plötzlich vor geschlossenen Türen und ist umsonst

gekommen.“ Das Sorge für Frust bei den Bürgern.

Ordnungsamtsleiter Arne Feldmann erklärte, warum die Investition von 30 000 Euro (zwei EDV-Koffer) und jährliche Kosten (22 000 Euro) nicht unterschritten werden könnten. „Wir haben es hier mit sensiblen Daten der Bürger zu tun“, erklärte er. Da müssten gewisse Sicherheitsstandards eingehalten werden.

Jochen Bilstein (SPD) und Manfred Schmitz-Mohr (Büfo) wiesen darauf hin, dass eine Zählung ergeben habe, dass der Bedarf nur gering sei. Deshalb seien die Bürgerbüros 2011 bei den Beratungen über Sparmaßnahmen aufgegeben worden. Die Bürgerbüros in Dhünn und Dabringhausen seien nur noch „historischer Ballast“. Wir haben Wohngebiete,

### **TAXIBUS ODER TAXI**

**VORSCHLAG** Hennig Rehse schlug vor, statt mobile Bürgerbüros einzurichten, bewegungseingeschränkte Bürger mit dem Taxi oder Taxibus zum gut funktionierenden Bürgerbüro im Rathaus zu fahren. Das könnte preiswerter

sein als die mobilen Bürgerbüros und beziehe das gesamte Stadtgebiet und nicht nur Dhünn und Dabringhausen ein. In einem dreimonatigen Test könnten die Kosten ermittelt werden. Die Stadtverwaltung will die Idee prüfen.

beispielsweise Unterstraße, die sind mindestens genau so weit weg vom Bürgerbüro im Rathaus“, sagte Bilstein, der Rehse Idee für überlegenwert hält. Hans-Jürgen Klein (FDP) lehnt die mobilen Bürgerbüros ebenso wie Büfo ab, zumal der Service im Bürgerbüro des Rathauses mittlerweile sehr gut sei. Rehse: „Wir müssen uns bei Bürgermeister Bleek bedanken, wie er das ge-

managt hat.“ CDU und Grüne halten an ihrem Vorschlag fest. Man dürfe Dhünn und Dabringhausen nicht vernachlässigen, nannte Klicki als Argument. Immerhin habe Dabringhausen 5000 Einwohner, darunter viele alte Menschen, ergänzte Gisela Grangeret (Die Grünen). In der Ratssitzung am kommenden Montag kommt das Thema erneut zur Diskussion.

» Standpunkt



## STANDPUNKT

# Taxi-Idee einfach testen

Von Karsten Mittelstädt

Der Antrag von CDU und Grünen, mobile Bürgerbüros in Dhünn und Dabringhausen einzurichten, ist gut gemeint, dürfte aber an den Anforderungen, die an das Bürgerbüro gestellt werden, scheitern. „Mal eben“ einen EDV-Koffer bereitzustellen, geht allein aus Sicherheitsgründen offenbar nicht. Ein Bürgerbüro ist eben kein normaler Büroarbeitsplatz, den man in ein „Home-Office“ verwandeln kann. Da müssen die Fraktionen den Fachleuten der Verwaltung, die sich selbst in Bergisch Gladbach schlau gemacht haben, schon glauben. Im Grunde aber ist der Ansatz von CDU und Grünen richtig. Warum sollen aktuelle Techniken nicht genutzt werden? Die Annahme, dass

ältere Generationen das Internet nicht nutzen, ist falsch. „Silver Surfer“ haben längst die Vorteile des Internet entdeckt. Originell ist der Vorschlag von Henning Rehse. Vielleicht ist es wirklich wirtschaftlicher, nicht mobile Wermelskirchener mit dem Taxi ins Bürgerbüro zu fahren. Das erscheint jedenfalls realistischer, als auf die Verwaltung zu warten, die laut Jürgen Graef, Beigeordneter, auch Hausbesuche macht. Wie soll das bei der Personalknappheit denn noch funktionieren? » **Vorschlag: Im Taxi...**

karsten.mittelstaedt  
@rga-online.de



# WNKUWG wehrt sich gegen „Unwahrheiten“ im Beirat <sup>BM</sup> <sup>21.09.</sup>

**WERMELSKIRCHEN** (tei.-) Zwischen dem Beirat für Menschen mit Behinderung und der Fraktion WNKUWG geht's jetzt richtig zur Sache. In der Sitzung war die Fraktion angegriffen worden, Henning Rehse spricht jetzt von „Unwahrheiten“, die dort jüngst verbreitet worden seien.

Die WNKUWG schlägt eine Urwahl für die Besetzung des Behindertenbeirates vor und hat ein Positionspapier wie auch einen Satzungsentwurf vorbereitet. Der Entwurf muss, da es ein Antrag ist, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses behandelt werden. Der Beirat hat dazu zweimal einen empfehlenden Beschluss gefasst: Die Änderung der Satzung und damit die Urwahl abzulehnen.

Rehse kritisiert unter anderem Andreas Willinghöfer, der in der Sitzung gesagt hatte, warum denn nicht mal die WNKUWG auf den Beirat zugekommen sei? „Ich habe am 2. Juli mit Herrn Willinghöfer telefoniert und über das Thema gesprochen. Es folgten zahlreiche wechselseitige Mails.“ Eine Woche

später habe Herr Willinghöfer alle Unterlagen bekommen mit der Bitte, der jetzige Beirat möge sich in die Reform einbringen. „Einen Monat später habe ich eine Erinnerung geschickt.“ Zudem habe er Ende Juni die Vorsitzende per Mail kontaktiert – „eine Reaktion hat es nicht gegeben“.

Die Unterstellung, seine Fraktion habe von einem „Selbstbedienungsladen“ gesprochen, wie es aus der Reaktion von Klaus Klophaus herausgehört werden könnte, weist

**„Herr Willinghöfer möge doch die ‚Anfeindungen‘ belegen“**

Henning Rehse

Rehse scharf zurück. „Wer hat das wo unterstellt? Bedienung an was?“

Auch mögliche Facebook-Anfeindungen seien sicher nicht von sei-

ner Fraktion erfolgt. „Frau Hallenberg hat einen aus meiner Sicht unglücklichen Post verfasst. Dabei ging es um das Engagement im Beirat.“ Dieser Post habe in Kommentaren Widerspruch hervorgerufen, wonach er nach kurzer Zeit wieder verschwand. Er vermutet, dass er von der Verfasserin selbst gelöscht worden sei. „Herr Willinghöfer möge doch nun die im Raum stehenden ‚Anfeindungen‘ belegen.“



# Flüchtlinge sollen ins Polizeigebäude

WFA  
23.09.

Die Verwaltung wird das Montag zur Abstimmung stellen. Mehrheit im Rat ist für diese Lösung.

Von Karsten Mittelstädt

In der Ältestenratssitzung am Mittwochabend stellte Bürgermeister Rainer Bleek den Ratsfraktionen die Pläne der Verwaltung vor, 78 Flüchtlinge bis Jahresende im ehemaligen und derzeit leerstehenden Polizeigebäude neben dem Rathaus unterzubringen. Bleek: „Wir brauchen kurzfristig Wohnungen, und das Polizeigebäude ist einer von drei Standorten, die wir in der Ratssitzung Montag zur Abstimmung stellen werden.“ Neben dem Polizeigebäude soll auch das ehemalige Hotel „Zur Post“ in Dabringhausen als Flüchtlingsunterkunft angemietet werden. Außerdem ist die Unterbringung in Containern auf dem Parkplatz des früheren Freibades Dhünn eine Option, für die die Verwaltung vom Rat eine Grundsatzentscheidung will.

Zum Hintergrund: Nachdem die zuständige Bezirksregierung Arnberg laut Bleek zu



Das ehemalige Polizeigebäude neben dem Rathaus wird derzeit nur noch von den Bezirksbeamten genutzt. Die Stadtverwaltung möchte hier 78 Flüchtlinge vorübergehend unterbringen.

Foto: Mittelstädt



Jahresantanz noch rund 75 Flüchtlinge für das gesamte Jahr 2016 angekündigt hatte, sind es nun insgesamt 275 Menschen, bis Dezember müssen noch 78 Menschen untergebracht werden.

Das vom zuständigen Beigeordneten Dr. André Benedict Prusa ausgearbeitete Konzept zur Schaffung von genügend Wohnraum war überholt und konnte nicht umgesetzt werden. Bleek beauftragte deshalb vor rund vier Wochen Hauptamtsleiter Jürgen Scholz mit der Leitung des Projektes, um möglichst schnell Unterkünfte bereitzustellen zu können. Scholz fand die Lösung, indem er das nicht genutzte Polizeigebäude vorschlägt. Dort sollen Flüchtlinge aber nur untergebracht werden, bis andere Wohnungen geschaffen wur-

den. Ursprünglich war geplant, die VHS im Frühjahr in dem Polizeigebäude unterzubringen. Das wird verschoben.

SPD, Bürgerforum, Grüne und FDP werden in der Ratssitzung am Montag dem Verwaltungsvorschlag folgen. „Wir haben keine anderen Unterkünfte, und wir müssen die Menschen unterbringen“, sagt Jochen Bilstein (SPD).

#### Kritik, weil die Stadtverwaltung zu spät reagiert habe

Ähnlich sehen das Hans-Jürgen Klein (Die Grünen), Jürgen Manderla (FDP) und Oliver Platt (Büfo), wobei Manderla und Platt nicht mit Kritik sparen. Die FDP werde „mit Bauchschmerzen“ zustimmen, aber darauf drängen, dass die Stadt mit den zur Verfügung stehenden Mitteln des Bundes

(10 000 Euro je Flüchtling) auskommt. Rund 370 000 Euro wird der Umbau wohl kosten. Platt kritisiert die Versäumnisse der Verwaltung, rechtzeitig für Wohnraum gesorgt zu haben. Erst seit Wolfgang Scholz das Vorhaben in die Hand genommen habe, geschehe etwas. „Was mit der Büfo auf keinen Fall geht, ist, Flüchtlinge in Turnhallen unterzubringen.“

Auch Christian Klicki (CDU) kritisiert, dass die Stadtverwaltung versäumt habe, Puffer für die Unterbringung zu schaffen. Klicki: „Die Politik muss das nun ausbaden.“ Deshalb werde die CDU zustimmen, allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Zahl der Flüchtlinge zügig von 78 auf unter 40 verringert wird. „Wir wollen keine Massenunterkünfte“, sagt Klicki. Das Polizeigebäude sei eine

## FLÜCHTLINGE

**ENTWICKLUNG** In diesem Jahr muss die Stadt Wermelskirchen 275 Flüchtlinge unterbringen. Das sind mehr als erwartet. Bis zum Jahresende müssen noch für 78 Menschen Wohnungen bereitge-

stellt werden, die die Stadt derzeit nicht hat. Container oder der Bau von Wohnungen ist nicht mehr möglich. Deshalb wird die zeitweise Unterbringung im Polizeigebäude vorgeschlagen.

Notlösung, die aber besser sei, als Menschen in Zelten unterzubringen.

Die WNK UWG lehnt den Verwaltungsvorschlag komplett ab und erinnert an ihren Grundsatzbeschluss. Keine Unterkunft in der Innenstadt soll mehr als 40, im Außenbereich mehr als 20 Flüchtlinge beherbergen, denn Massenunterkünfte würden die Integration erschweren. „Nicht nur die WNK UWG, auch die anderen

Fraktionen haben der Verwaltung sicher 200 bis 300 Unterbringungsplätze benannt. Die Stadt hat zu allen nein gesagt“, kritisiert Henning Rehse. Deshalb lasse sich die Fraktion nicht unter Zeitdruck setzen. Die WNK UWG werde sich nicht von den Plänen verabschieden, das ehemalige Polizeigebäude in ein modernes Dienstleistungszentrum umzubauen. » Standpunkt



# Ehemalige Wache sorgt für Diskussionsstoff

**WERMELSKIRCHEN** (ser) Die WNKUWG-Fraktion erteilt den Plänen der Verwaltung, 78 Flüchtlinge im Polizeigebäude an der Telegrafstraße unterzubringen, eine Absage. „Wir haben einen Grundsatzbeschluss, dass wir Standorten nur zustimmen, wenn im dichter besiedelten Bereich die Zahl von 40 sowie im ländlichen Bereich die Zahl von 20 Flüchtlingen nicht überstiegen wird“, sagte Henning Rehse.

Zum anderen bietet der Komplex Bürgerzentrum/Rathaus/Polizeigebäude seit mehr als zehn Jahren ob der Fassadenproblematik und der aus „Sicherheitsgründen“ nicht darstellbaren Pflege der Umgebung ein Bild des Jammers. „Dieser Komplex soll wieder zur ersten Adresse der Stadt werden.“ Die Verwaltung habe Vorschläge der Politik für alter-

native Standorte offenbar nicht bearbeitet oder nur in sinnlose Listen aufgenommen, „womit man jedoch leider keinen realen Wohnraum schafft“, kritisierte Rehse.

Das Bürgerforum wird den Vorschlägen der Verwaltung zustimmen. „Wir sind froh, dass im Rathaus nun Jürgen Scholz die Verantwortung für die Unterbringung der Flüchtlinge trägt“, sagte Oliver Platt. Seit einem Jahr habe sich fast nichts getan, erst jetzt seien die Pläne der Verwaltung nachvollziehbar.

Für Jochen Bilstein (SPD) gibt es aufgrund des zeitlichen Drucks keine Alternative zur ehemaligen Polizeiwache. Auch den drei übrigen Vorschlägen werde die SPD zustimmen. „Das ist der Weg, den wir gehen müssen. Und ich denke, dass er auch zumutbar ist.“

Die CDU ist für eine Obergrenze von 40 Personen pro Standort. Nun gebe es aber Druck zu handeln, „und wegen Versäumnissen der Verwaltung fehlen Alternativen“, sagte Christian Klicki. Vorbehaltlich des Beschlusses in der Fraktionssitzung gestern Abend sagte Klicki, dass die CDU wohl bereit sein wird, die ehemalige Wache auch für 78 Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. „Es muss aber schnellstmöglich Pufferwohnraum geschaffen werden, um diese Zahl auf 40 Personen zu reduzieren.“ Auch die übrigen Standorte werden in der Fraktion noch einmal diskutiert.

Für Jürgen Manderla und die FDP ist es insgesamt eine „blöde Situation“. Grundsätzlich habe der Bürgermeister aber die Zustimmung, die ehemalige Wache zu nutzen.

8M 23.09.  
Dem Standort Wiesenweg stimmt er zu 100 Prozent zu, Dhünn und Dabringhausen werden in der FDP-Fraktion noch einmal thematisiert. Er persönlich werde Entscheidungen zur Unterbringung nur mittragen, wenn die Stadt dafür keine zusätzlichen, hohen Schulden macht. Manderla: „Letztlich muss jedes Ratsmitglied selbst entscheiden.“

Auch die Grünen werden der Nutzung des Polizeigebäudes zustimmen – „schweren Herzens“, sagte Hans-Jürgen Klein (Grüne). „Es gibt keine Alternativen, wir brauchen eine Lösung bis Ende des Jahres.“ Das Mieten des Hotels zur Post sei eine „Notlösung“, für Dhünn und Wiesenweg fehlen den Grünen noch detaillierte Informationen. „Grundsätzlich stehen wir dem aber offen gegenüber“, sagte Klein.



# Beirat: Über Urwahl beschließt Rat <sup>WGA</sup> <sub>73.00</sub>

WNK/ UWG und CDU-Fraktion stimmten für die Vertagung des Antrags auf kommenden Montag.

Von Anja Carolina Siebel

Ein Fax sei gerade eben noch bei ihm eingegangen. Michael Schneider (CDU) beantragte deshalb gestern Abend in der Sitzung des Sozialausschusses die Verschiebung einer Stellungnahme zum Antrag der

WNK/ UWG in den Rat. Es bestehe „Beratungsbedarf“. Wie berichtet, hatte die WNK/ UWG-Fraktion seit Monaten gefordert, den Behindertenbeirat künftig per Urwahl wählen zu lassen; das hieße, dass Menschen mit Behinderung nicht nur ihre Vertreter im

Gremium selbst wählen könnten, sondern auch Menschen mit Handicap selbst aktiv im Beirat mitarbeiten würden.

Mit 9:6 Stimmen Mehrheit, allesamt von Vertretern der WNK/ UWG- sowie der CDU-Fraktion, wurde dem Antrag auf Verschiebung in den Stadtrat stattgegeben. Am kommenden Montag solle im Ratsaal dann auch noch einmal ausführlich über das Thema diskutiert werden.

## Gremium entstand nach Länderspiel im Eifgen

Dezernent Jürgen Gräf hatte zuvor an die Ausschussmitglieder appelliert, dass gerade der Sozialausschuss als beschlussfähiges Fachgremium vor dem Rat Stellung nehmen sollte. Zudem erklärte er noch einmal die bisherige Funktion des Gremiums: Entstanden sei es kurz nach dem Länderspiel zur Fußball-WM der Behinderten, das 2006 im Eifgenstadion stattfand. „Ich habe damals zusammen mit Jürgen Löhmer, dem damaligen Chef der Lebenshilfe, beschlossen, einen Fachbeirat ins Leben zu rufen, der die Interessen behinderter Menschen vertreten soll.“ Eine Verwaltungsmeinung zum Antrag der WNK/ UWG kommunizierte Gräf nicht, wies aber auf dann anfallende Kosten hin: „Eine Urwahl würde rund 15

000 Euro kosten. Berücksichtigen müsste man auch das zusätzlich erforderliche Personal bei einer solchen Wahl.“

Der stellvertretende Vorsitzende des Behindertenbeirats, Andreas Willinghöfer, wies darauf hin, dass sowohl auf Landes- als auch auf Kreisebene die Behindertenbeiräte mit Interessensvertretern arbeiten würden. Zudem entspräche die Behauptung der WNK/ UWG, die Mitglieder des Beirats hätten „sich selbst untereinander gewählt“, nicht den Tatsachen: „Alle sind auf höherer Ebene für diesen Posten vorgeschlagen worden.“

Stefan Kind (WNK/ UWG) plädierte weiter für eine „demokratische Wahl“: „Man gewann in den letzten Wochen den Eindruck, dass bestimmte Gruppierungen des Beirats sich intensiven Nachfragen verschließen würden.“

Sein Parteikollege Thorn Seidel warf den Beiratsmitgliedern vor, in der Öffentlichkeit „bewusst falsche Informationen“ über die Inhalte des Antrags seiner Fraktion kolportiert zu haben. Nach einer lebhaften Diskussion entschieden WNK/ UWG und CDU mit Mehrheit gegen eine wie auch immer geartete Empfehlung für die Ratssitzung.



Die WNK/ UWG-Fraktion möchte, dass behinderte Menschen künftig im Beirat mitarbeiten.  
Foto: Holger Hollemann/ dpa



# Beiratswahl - Ausschuss gibt keine Empfehlung an den Rat

BH 7.09

**WERMELSKIRCHEN** (ser) Eigentlich sollte der Ausschuss für Soziales und Inklusion am Donnerstagabend einen empfehlenden Beschluss an den Stadtrat fassen, wie die Wahl des Beirates für Menschen mit Behinderung in Zukunft ablaufen soll. Doch Michael Schneider (CDU) beantragte für seine Fraktion, das Thema am Montag im Rat (17 Uhr, Rathaus) zu diskutieren und eine Entscheidung zu treffen. Begründung: Es sei kurz vor der Sitzung noch ein Fax eingegangen, über das er zwingend mit seiner Fraktion sprechen müsse. „Wir haben noch Beratungsbedarf.“

Die WNKUWG fordert bereits seit Monaten ein neues Verfahren für die Wahl des Beirates. Sie will eine Urwahl nach dem Vorbild der Stadt Lohmar. Dies haben die Mitglieder des Beirates jedoch bereits einstimmig abgelehnt. Zurzeit setzt sich der

Beirat aus Vertretern von Verbänden und Selbsthilfegruppen zusammen, die sich um einen Platz bewerben. Zu einer internen Wahl kommt es nur, wenn es mehr Bewerber gibt, als Sitze zur Verfügung stehen.

Dezernent Jürgen Graef appellierte, dass der Sozialausschuss als beschlussfähiges Gremium vor dem Rat zu diesem Thema Stellung beziehen sollte. Zudem erläuterte er noch einmal die Funktion des Beirates. „Er handelt sich um ein beratendes Fachgremium, das sich in Wermelskirchen etabliert hat“, sagte Graef und fügte an: „Der Beirat hat bislang erfolgreiche Arbeit geleistet.“ In einer teils hitzigen Diskussion trugen Befürworter und Gegner einer Urwahl dann nochmals ihre Argumente vor. Dann kam die Info mit dem Fax – daher wird das Thema jetzt am Montag nochmals diskutiert und dann beschlossen.



# 100 Euro Geldbuße nach Politiker-Streit im Internet

Ein Ratsmitglied der WNKUWG zeigte einen Sachkundigen Bürger der Grünen wegen Beleidigung bei Facebook an. Df  
24.09.

**WERMELSKIRCHEN** (bege) Ist die Bezeichnung eines Mitbürgers als „politischer Brandstifter“ eine Beleidigung? Damit musste sich jetzt das Amtsgericht Wermelskirchen befassen. Und zwar hautnah. Ging es doch um einen schriftlichen Disput in dem Facebook-Forum „Kommunalpolitik Wermelskirchen“. Dort waren sich schreiberisch ein Ratsmitglied der WNKUWG und ein Sachkundiger Bürger von Bündnis 90/Die Grünen in die Haare geraten.

Dabei hatte der Sachkundige Bürger seinen schreiberischen Widersacher einen „politischen Brandstif-

ter“ genannt. In Folge erstattete der so Titulierte Anzeige wegen Beleidigung. Ob der Vorwurf richtig sei, fragte der Richter den Angeklagten. Der Angeklagte bejahte selbstsicher. Der Richter runzelte die Stirn. „Der Ausdruck ist grenzwertig“, sagte er. Es gebe in solchen Foren weitaus schlimmere Ausdrücke.

Wie sei es denn überhaupt dazu gekommen? Sein Kontrahent – er war nicht bei der Verhandlung anwesend – sei der Meinung, „man müsse Merkels Politik bis aufs Messer bekämpfen“, erläuterte der Angeklagte. „Politische Brandstifter

wie Du“, habe er geschrieben, verleiteten durch solche Äußerungen leicht beeinflussbare Personen zu Gewalttaten. Wie zum Beispiel zum Messerangriff auf Henriette Reker, die jetzige Oberbürgermeisterin von Köln.

Dieser Verhandlung war ein Strafbefehl in Höhe von 40 Tagessätzen vorausgegangen. Dagegen hatte der Sachkundige Bürger Einspruch eingelegt. Richter und Staatsanwalt sahen sich an. Es sei Auslegungssache, ob man es hier mit einer ehrverletzenden Äußerung zu tun habe, sagte der Richter. So etwas könne in hit-

zigen politischen Diskussionen schon einmal passieren. Allerdings: Im stillen Kämmerlein vor dem Computer zu Hause habe man auch Zeit, in Ruhe zu formulieren. „Es geht hier nicht um den eigentlichen Sachverhalt“, betonte der Richter. Darüber habe das Gericht nicht zu entscheiden. „Es geht allein um die Wortwahl.“

Besser wäre es gewesen, hätte der Angeklagte die Angelegenheit der Justiz durch eine Anzeige überlassen. Sie hätte dann klären können, ob der Geschädigte wirklich zur Gewaltanwendung aufgerufen habe.

Falls der Angeklagte zustimme, könne das Strafverfahren gegen eine Geldbuße von 100 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung eingestellt werden. Damit war der Angeklagte zunächst nicht einverstanden. Er wollte Freispruch.

„Setzen wir die Verhandlung fort, müssen Sie auch mit einer Verurteilung rechnen“, mahnte der Richter daraufhin. Da sei die Geldbuße das geringere Übel. Außerdem gehe das Geld an eine soziale Einrichtung und er bleibe weiterhin nicht vorbestraft. Zögerlich willigte der Mann schließlich ein.



# Politik beschließt Flüchtlingsstandorte BM 24.01

Der Stadtrat hat gestern Abend mehrheitlich entschieden, in der Polizeiwache, am Freibad Dhünn und am Wiesenweg zugewiesene Flüchtlinge unterzubringen. Das Hotel zur Post in Dabringhausen stand doch nicht mehr zur Abstimmung.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

**WERMELSKIRCHEN** Die ehemalige Polizeiwache an der Telegrafenstrasse wird für die zeitnahe Unterbringung der zu erwartenden Flüchtlinge umgebaut. Das haben die Politiker im Stadtrat gestern Abend mehrheitlich beschlossen. Der Vorschlag der Stadtverwaltung, dass in dem Gebäude künftig 78 Flüchtlinge wohnen sollen, wurde allerdings mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen verständigten sich die Ratsmitglieder auf einen Änderungsantrag der CDU, die Wache für Flüchtlinge umzubauen, die Belegungszahl ab dem 1. Juli 2017 allerdings auf 40 Flüchtlinge zu reduzieren.

Der Umbau des Polizeigebäudes kostet laut Stadtverwaltung etwa 385.000 Euro. Die Verwaltung betonte in ihrer Vorlage, dass die Wache kurzfristig umgebaut und als Flüchtlingsunterkunft zur Verfügung stehen könne. Davon war Jürgen Manderla (FDP) nicht überzeugt. „In der ehemaligen Wache kann man frühestens im Januar mit den Baumaßnahmen beginnen“, meinte er. Die Verwaltung versicherte, dass sie die Vergabeverfahren für die einzelnen Flüchtlingsstandorte so gut es geht beschleunigen möchte.

Dem Anmieten eines temporären Wohndorfs auf dem Parkplatz am

Freibad Dhünn stimmten alle Fraktionen zu. Die Verwaltung wurde beauftragt, parallel zu der von ihr vorgeschlagenen Belegung mit 72 Flüchtlingen auch ein Wohndorf mit Platz für 40 Flüchtlinge zu planen. Dies hatte die CDU vorgeschlagen. Die Stadt soll detaillierte Kosten nennen, sobald diese vorliegen.

Ebenfalls groß war die Mehrheit bei dem Beschluss, die Wohnhäuser am Wiesenweg (Hausnummer 6 bis 16) an einen Investor zu verkaufen

mit dem Ziel, dort Wohnraum für Flüchtlinge und für Personen mit Wohnberechtigungsscheinen zu schaffen. Damit ist auch die Idee vom Tisch, in den heruntergekommenen Häusern übergangsweise noch Flüchtlinge unterzubringen, um die Situation kurzfristig zu entlasten (Stichwort „Pufferstandorte“). Denn selbst dafür müssten die Häuser noch kostenintensiv umgebaut werden – die Verwaltung geht von bis zu 20.000 Euro für jede der

sechs Wohneinheiten aus. Eine kurzfristige Änderung ergab sich für die Unterbringung in Dabringhausen: Entgegen ihrer Pläne wird die Stadt Wermelskirchen das Hotel zur Post nicht anmieten, um dort ab dem 1. Januar 40 Flüchtlinge unterzubringen. Der Grund: Der neue Eigentümer, ein Unternehmer aus Rumänien, sei nicht mehr bereit, das Objekt an die Stadt zu vermieten, teilte Stadtsprecher Jürgen Scholz mit. Er nahm diesen Punkt von der

Tagesordnung. Ob die Stadt nun nach alternativen Standorten im Dorf Ausschau hält, wurde gestern Abend nicht thematisiert.

Scholz, der das Flüchtlingsthema als Projektleiter der Verwaltung koordiniert, machte zum Abschluss nochmals deutlich, dass die von der Bezirksregierung Arnsberg genannten Zahlen zur Zuweisung der Flüchtlinge stimmen. Demnach fehlt in der Stadt bis Jahresende noch Platz für 78 Menschen.

## Was sagen die Fraktionsvorsitzenden über die Pläne der Stadt zur Unterbringung der Flüchtlinge?



**Christian Klückl**  
CDU

„Nach einem Jahr der Planung haben wir nicht einen einzigen Puffer-Wohnstandort. Das ist ein Kollektivversagen der Verwaltung. Wir setzen uns weiterhin für kleine Wohneinheiten für Flüchtlinge ein.“



**Jochen Bilstein**  
SPD

„Wir müssen für die nächsten Monate in den sauren Apfel beißen. Politik und Verwaltung müssen Vorgaben machen und diese dann vehement öffentlich vertreten – nur das schafft Akzeptanz.“



**Henning Rehse**  
WNKUWG

„Wir haben eine Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen, aber auch gegenüber den Wermelskirchener Bürgern. Die ehemalige Wache wird nicht nach einem Jahr wieder zur Verfügung stehen.“



**Oliver Platt**  
Bürgerforum

„Ich erkenne kein Kollektivversagen der Verwaltung. Das Flüchtlingsthema hatte bis vor kurzem einen politischen Konsens. Wir riskieren nun, diesen gemeinsamen Weg zu verlassen – das ist falsch.“



**Stefan Janosi**  
Grüne

„Die aktuellen Pläne sind Kompromisse, es gibt keine optimale Lösung. Den besten Kompromiss für Wermelskirchen erreichen wir nur, wenn Verwaltung und Politik bei dem Thema zusammenarbeiten.“



**Jürgen Manderla**  
FDP

„Man muss auch auf die Kosten achten. Der Umbau der Wache wird frühestens im April 2017 fertig. Die 78 Flüchtlinge müssen dort drei Jahre wohnen, damit wir für das Objekt ohne hohe Schulden auskommen.“



# Rat beschließt Flüchtlingsunterkünfte

Hotel „Zur Post“ wird doch nicht angemietet. Eigentümer zieht Angebot nach Protesten zurück.

Von Karsten Mittelstädt

Das Hotel „Zur Post“ in Dabringhausen wird nicht wie geplant von der Stadtverwaltung angemietet, um ab Januar 2017 dort bis zu 40 Flüchtlinge unterzubringen. „Der Eigentümer hat seine Bereitschaft zu vermieten zurückgezogen“, sagte Hauptamtsleiter Jürgen Scholz in der gestrigen Ratssit-

zung. Wohl aufgrund von Protesten einiger Anwohner hat der Eigentümer es sich kurzfristig anders überlegt.

Ansonsten wurden gestern die Beschlüsse gefasst, damit die bis zum Jahresende noch erwarteten 78 Flüchtlinge untergebracht werden können. Allerdings nicht ganz so, wie die Verwaltung vorgeschlagen

hatte. Bekanntlich sollen die Menschen im ehemaligen und nun leerstehenden Polizeigebäude an der Telegrafienstraße eine Bleibe finden. Das Gebäude wird für rund 385 000 Euro entsprechend umgebaut.

SPD, Büfo, Grüne und zwei FDP-Mitglieder wären dem Verwaltungsvorschlag gefolgt, zum Teil allerdings mit Bauchschmerzen, weil die VHS eigentlich in das Gebäude sollte. **WNK UWG lehnt die Nutzung des Polizeigebäudes als Unterkunft komplett ab.** Letztlich setzte die CDU ihren Vorschlag durch. Die Zahl der Flüchtlinge soll spätestens zum 30. Juni von 78 auf maximal 40 Personen reduziert werden. Die CDU will grundsätzlich keine Flüchtlingsunterkünfte mit mehr als 40 Personen.

Auf dem Parkplatz des ehemaligen Freibades Dhünn wollte die Stadtverwaltung in einem Containerdorf 72 Flüchtlinge unterbringen. Hier forderte die CDU, dass die Verwaltung parallel prüfen soll, ob die Unterbringung von nur 40 Menschen möglich und wirtschaftlich vertretbar sei.

Und schließlich wurde noch der Verkauf von Grundstücken am Wiesenweg an einen Investor mehrheitlich beschlossen.

Dieser werde dort neue Wohnungen für Flüchtlinge und Einheimische mit Wohnberechtigungsschein bauen.

Verwaltung wurde vielfach kritisiert

WG-A  
27.09.

Den Abstimmungen war eine längere Debatte vorausgegangen, in der vor allem die Stadtverwaltung kritisiert wurde. Christian Klicki (CDU) sprach von einem kollektiven Versagen der Verwaltung und wollte die Versäumnisse, rechtzeitig Wohnraum zu schaffen, nicht allein dem zuständigen Technischen Beigeordneten Dr. André Benedict Prusa (CDU) anlasten. Das sah beispielsweise Oliver Platt (Büfo) anders. Insgesamt ließen sich die Fraktionen bei dem Thema aber nicht auseinanderdividieren – auch nicht von Karl Springer (AfD).

Vielmehr folgte die Mehrheit dem Aufruf von Stefan Janosi (Die Grünen), bei dem Thema gemeinsam mit der Verwaltung zu agieren. **Henning Rehse (WNK UWG) dankte Bürgermeister Rainer Bleek sogar, dass er Jürgen Scholz die kurzfristige Unterbringung der Flüchtlinge übertragen habe, weil dieser endlich konkrete Vorschläge unterbreitet habe.**



Im ehemaligen Polizeigebäude (r.), gleich neben dem Rathaus (l.), sollen 78 Flüchtlinge vorübergehend untergebracht werden. Foto: Mittelstädt



# Großer Zeitdruck für Umbau der Wache

Die Stadt muss bis Ende des Jahres 78 Plätze für Flüchtlinge schaffen. Die Aufträge für den Umbau des Polizeigebäudes sollen so schnell wie möglich vergeben werden. Rainer Bleek wehrt sich: „Die Verwaltung war nicht ein Jahr untätig.“

VON SEBASTIAN RADERMACHER

**WERMELSKIRCHEN** Die ehemalige Polizeiwache an der Telegrafienstraße war der Diskussionspunkt im Stadtrat zur Unterbringung der zu erwartenden zugewiesenen Flüchtlinge. Letztlich gab es eine Mehrheit für den CDU-Vorschlag, nach den Umbauarbeiten dort zunächst einmal 78 Flüchtlinge unterzubringen, ab dem 1. Juli 2017 die Belegungszahl allerdings auf 40 zu reduzieren. Die WNKUWG, Teile von Grüne und FDP sowie Karl Springer (AfD) stimmten dagegen.

Die große Frage wird nun sein: Wie schnell kann das Gebäude, in dem eigentlich zeitnah die VHS ein neues Domizil finden sollte, als Wohnhaus für Flüchtlinge umgebaut werden? Die Stadt muss knapp 385.000 Euro investieren, vor allem in den Brandschutz, die Sanitärinstallation und den Einbau von Küchen. Wann der Umbau beendet

sein wird, ist aktuell noch unklar. Stadtsprecher Jürgen Scholz, der als Projektleiter die Flüchtlingsunterbringung für die Verwaltung koordiniert, will nach einem Treffen der Projektgruppe in den nächsten Tagen einen genauen Zeitplan nennen.

**„Wir brauchen die Plätze in der ehemaligen Polizeiwache so schnell wie möglich“**

**Jürgen Scholz**  
Stadtsprecher

Fakt ist: „Wir brauchen die Plätze in der ehemaligen Wache so schnell wie möglich“, stellt Scholz auf Nachfrage klar. Die Planungen und auch die Kostenermittlung seien abgeschlossen, „jetzt geht es darum, schnellstmöglich die Aufträge zu verteilen“, erläutert der Stadtsprecher.

Bürgermeister Rainer Bleek wehrte sich gegen die Kritik der CDU, dass die Verwaltung mit ihrer Standort-suche seit einem Jahr keinen Schritt weitergekommen sei. „Wir waren definitiv nicht untätig“, sagte Bleek im Stadtrat. In diesem Zusammenhang gab er allerdings zu: „Es ging nicht so schnell, wie ich es erhofft hatte.“ Auch zur CDU-Forderung für mehr Bürgerbeteiligung (Bleek soll für jeden Standort Info-Veranstaltungen organisieren) äußerte sich der Bürgermeister. „Beim Thema Bürgerbeteiligung können wir leider nur verlieren.“ Gelangen Pläne so früh an die Öffentlichkeit – Bleek nannte das Hotel zur Post in Dabringhausen als Beispiel – würden sie „zerredet“. „Informieren wir die Bürger zu spät, heißt es zurecht, dass wir intransparent handeln“, sagte Bleek. Es gebe bei der Flüchtlingsunterbringung schlichtweg keinen optimalen Zeitpunkt, wann Pläne öffentlich gemacht werden



Das Gebäude muss bis Ende des Jahres umgebaut werden. BM-ARCHIV: N.H.

sollen. Bei jedem Standort werde es Kritik von verschiedenen Seiten geben. Bleek: „Ich stelle mich darauf ein.“

Unterdessen ist im ehemaligen Gemeindehaus Sonne an der Eichholzer Straße, das die Stadt von der

**BM 78.09**  
Evangelischen Kirchengemeinde Dhünn erworben hatte, nach den Umbauarbeiten die erste Flüchtlingsfamilie eingezogen. Das bestätigt Scholz auf Nachfrage unserer Redaktion. „Eine Belegung mit weiteren Familien ist geplant“, sagt Scholz. In dem Gebäude sei Platz für etwa 20 Menschen.

Außerdem sollen angrenzend an das ehemalige Gemeindehaus zusätzlich noch neue Wohnhäuser gebaut werden, in denen weitere Flüchtlinge untergebracht werden können. In diesem Zusammenhang war aber noch nicht geklärt worden, wie viele Flüchtlinge künftig an der Eichholzer Straße leben sollen.

Zu dem Fortschritt der Baupläne für die Eichholzer Straße kann der Stadtsprecher zurzeit noch keine konkreten Angaben machen. Dieses Vorhaben werde aktuell mit den übrigen Planungen zur Unterbringung von Flüchtlingen bewertet und weiterverfolgt.



## Dringlichkeitsantrag zur Urwahl nicht mehr dringlich

BH  
28.09.

**WERMELSKIRCHEN** (tei.-) Die Urwahl des Beirates für Behinderte ist vorläufig vom Tisch. Die WNKUWG-Fraktion hat ihren Dringlichkeitsantrag am Montag in der Ratssitzung zurückstellen lassen – sie bemüht sich jetzt, über den Landesbehindertenbeirat und damit das Land NRW eine einheitliche Regelung in NRW zu erreichen. „Wir warten einfach mal ab“, beendete der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse eine unsägliche Diskussion, die fast im Stadtrat ihre Fortsetzung gefunden hätte.

Jetzt steht fest: Der neue Wahltermin für den Fachbeirat ist am 17. Januar 2017. Zeit genug, die Wahl öffentlich auszuschreiben. Das ist auch schon bei den vorherigen Wahlen geschehen – nur: Es hatten sich zu wenige Vereine und Verbände oder Behinderte für eine Mitarbeit beworben. So kam es, dass für die elf Sitze just jene elf Bewerber antraten. Eine Wahl gab es damit nicht. Kein Fehler des Beirates, und daher eigentlich nicht zu kritisieren. Geplant war ursprünglich, die Wahl am 22. September 2016 stattfinden

zu lassen.

Die WNKUWG aber wollte die Urwahl, um Behinderten selbst die Möglichkeit zu bieten, gewählt zu werden. Rehse: „Wir müssen einen Modus finden, wie Menschen, die nicht über einen Verein oder Verband antreten, mitwirken können.“ Er möchte daher zeitnah ein Feedback von der Verwaltung bekommen um zu erfahren, wie viele nicht organisatorisch gebundene Behinderte sich an der Wahl beteiligen beziehungsweise aufstellen lassen. Letztlich sei man in seiner Fraktion der Diskussion überdrüssig und hoffe, über den Landschaftsverband Rheinland eine einheitliche Regelung im Land zu bekommen.

Der Antrag der WNKUWG ließe sich gut lesen, meinte Christian Ay (SPD). Aber der Weg sei nicht der richtige. „Die WNKUWG möchte weg vom Fachbeirat zum Parlament. Über diese Frage hätte zuerst diskutiert werden müssen.“ Er erinnerte, dass sich anfangs schon nicht organisierte Behinderte zur Wahl gestellt hätten. Die wären aber zuletzt ausgeblieben.



# Beirat wird erst im Januar gewählt WGA 25.01

WNK UWG zieht ihren Vorschlag zur Urwahl der Behindertenvertretung zurück.

Von Karsten Mittelstädt

Für eine Überraschung sorgte Henning Rehse (WNK UWG) in der Ratssitzung am Montagabend. Nach monatelangen Diskussionen über Wahl des Behindertenbeirates zog die WNK UWG-Fraktion den Antrag zurück. Statt einer – wie angekündigt – ausführlichen Diskussion, erklärte Rehse aber warum: „Als wir den An-

trag Anfang Mai einbrachten, haben wir nicht mit solchen Reaktionen gerechnet.“

Die WNK UWG hatte beantragt, künftig den Behindertenbeirat per Urwahl wählen zu lassen. Behinderte und nicht nur ihre Vertreter hätten dann im Beirat mitarbeiten können. „Das Kinder- und Jugend-Parlament wird von Kindern und Jugendlichen gewählt. Der Seniorenbeirat wird

von Senioren gewählt. Wir wollten nichts anderes, als dies auch für den Behindertenbeirat zu ermöglichen“, sagte Rehse. Doch es gebe in Wermelskirchen eine starke Lobby, die das verhindern wolle, mutmaßt der Fraktionsvorsitzende von WNK UWG.

## Das Land NRW soll einheitliche Regeln zur Wahl festlegen

Deshalb habe die Fraktion sich an den Landschaftsverband Rheinland gewandt und gebeten, der LVR möge sich für eine einheitliche Regelung in ganz NRW einsetzen. „Wir warten jetzt einfach ab, welche Regelung das Land findet“, erklärte Rehse im Rat. Das bedeutet: Die Wahl des Behindertenbeirates kann nach bisherigem Muster stattfinden. Es werden also elf Vertreter von Verbänden und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung gewählt. Bereits jetzt sei es nach Paragraph 2, Absatz 2.1 der Ortssatzung möglich, dass Menschen mit Behinderung in den Beirat

gewählt werden. Rehse bat darum, dies in der Wahlauschreibung auch deutlich zu machen.

Gestern teilte Kirstin Wirtz von der Verwaltung auf Anfrage des WGA den Wahltermin mit. Die Wahl des Beirates für Menschen mit Behinderung kann nicht mehr im Herbst erfolgen, weil bestimmte Fristen eingehalten werden müssen. Deshalb wurde der Wahltermin auf Dienstag, 17. Januar, festgelegt.

Auch wenn Rehse den Antrag zurückzog, betonte Christian Ay (CDU) kurz, dass es sich bei dem WNK UWG-Antrag durchaus für eine diskussionswürdige Frage über die Zukunft des Behindertenbeirates handele. Derzeit sei das Gremium ein Fachbeirat. Was die WNK UWG wolle, sei ein Parlament für Menschen mit Behinderungen. Es hätte geklärt werden müssen, ob der Rat das wolle. Die Frage ist hinfällig, weil jetzt das Land NRW die Frage klären soll.



Zog überraschend den Antrag auf Urwahl des Behindertenbeirates zurück: Henning Rehse. Foto: Draheim



# Bürger sollen öfter mitreden können

Verwaltung stellt alle Möglichkeiten zur Beteiligung der Wermelskirchener zusammen.

WGA  
2010

Von Karsten Mittelstädt

Für mehr Bürgerbeteiligung sind in offiziellen Reden natürlich alle Ratsfraktionen. Nur, wie diese stärkere Beteiligung der Bürger an bestimmten Themen aussehen soll, darüber gehen die Meinungen ausei-

inander. Das zeigte sich im jüngsten Hauptausschuss, als ein Antrag der WNK UWG-Fraktion beraten wurde. Die WNK UWG hatte beantragt, neben den gesetzlichen Regelungen zur Bürgerbeteiligung, die zum Beispiel das Baugesetzbuch vorschreibt, weitere frei-

willige Beteiligungsmöglichkeiten aufzulisten und festzuschreiben.

Über Volks- oder Bürgerentscheid könnten Bürger heute schon Einfluss nehmen. Allerdings haben diese gesetzlichen Möglichkeiten hohe Hürden. So muss beispielsweise ein Bürgerbegehren, das ist ein Bürgerantrag an den Rat, von drei bis zehn Prozent der Einwohner (je nach Größe der Kommune) unterstützt werden. Für die Beteiligung der Bürger an der Stadtplanung oder andere Themen sind diese formalen Hürden oft viel zu hoch.

Zahlreiche Städte praktizieren mittlerweile freiwillig durchgeführte Beteiligungen. Das schwebt der WNK UWG für Wermelskirchen auch vor. Deshalb, so der Antrag, sollen Leitlinien und Regelungen für freiwillige Bürgerbeteiligung entwickelt werden. Mehr Bürgerbeteiligung möchten die anderen Fraktionen auch, allerdings sehen sie eine Ausschlussliste, die die WNK UWG ihrem Antrag beigefügt hat, kritisch. Die WNK UWG will nämlich verhindern, dass überregionale Protestaktionen wie Campact oder Foodwatch die Ratsarbeit blockieren.

Von vornherein bestimmte Gruppen ausschließen will aber weder die CDU noch die

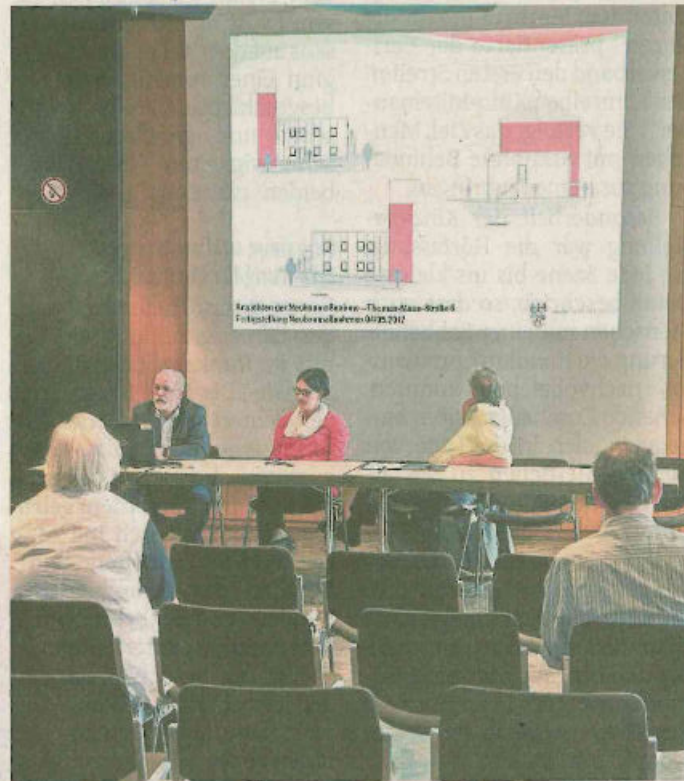
SPD oder die kleineren Fraktionen. „Wir sollten die Beteiligung der Bürger von Thema zu Thema entscheiden“, regte Jochen Bilstein (SPD) an. Im Einzelfall zu entscheiden, wie das zum Beispiel in der Vergangenheit beim Thema Lochesplatz oder dem Bau von Flüchtlingsunterkünften geschehen sei, favorisiert Christian Klicki (CDU). Willkürlich bestimmte Gruppen auszuschließen, lehnte auch Hans-Jürgen Schenk (FDP) ab. Die Beteiligung von Fall zu Fall zu entscheiden, sei allerdings auch willkürlich, sagte Henning Rehse (WNK UWG).

Rat will sich auf ein

„Gentlemen Agreement“ einigen

Und auch Bürgermeister Rainer Bleek warnte vor einer reglementierenden Lösung: „Das bindet Zeit und Personal. Wer A sagt, muss dann auch B sagen.“

Sämtliche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung übersichtlich zusammenzufassen und darzustellen, um sich dann in einer Art „Gentlemen Agreement“ auf eine einheitliche Vorgehensweise bei der Bürgerbeteiligung zu einigen, schlug Christian Klicki vor. Ein Vorschlag, mit dem sich auch die WNK UWG anfreunden kann. Im Zukunftsausschuss soll daran gearbeitet werden.



Nicht immer werden die Angebote der Verwaltung auch angenommen. Zum Informationsabend über die Unterbringung von Flüchtlingen im Ausländerzentrum kamen nur wenig Interessierte. Foto: Michael Sieber